

II - 4630 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft
und Verkehr

Pr.Zl. 5906/4-1-86

2086 IAB

1986 -07- 16

zu 2421/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage
der Abg. Dr. Hafner und Genossen vom
28. Mai 1986, Nr. 2121/J-NR/1986,
"Ortstarif für die Telefonseelsorge"

Ihre Anfrage beehre ich mich, wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

Einleitend ist hervorzuheben, daß die Post- und Telegraphenverwaltung für die im Motiventeil der Anfrage erwähnte Umstellung der bis dahin in den einzelnen Bundesländern ungleichen Rufnummern der Telefonseelsorge auf die in ganz Österreich einheitliche Rufnummer "1770" beträchtliche finanzielle Mittel für die benötigten technischen Einrichtungen in den jeweils zuständigen Telefonzentralen aufgewendet hat. Aufgrund der technischen Konzeption der in Rede stehenden Anschlüsse ist es jedoch nicht möglich, diese so zu schalten, daß sie aus ganz Österreich - bzw. auch nur aus dem jeweiligen Bundesland - zum Ortstarif erreichbar wären.

Bezüglich der in diesem Zusammenhang im Motiventeil der Anfrage erwähnten "Privilegierung verschiedener Bundesministerien" möchte ich klarstellen, daß von allen Service- bzw. Beschwerdestellen in den Bundesministerien lediglich die Beschwerdestelle im Bundeskanzleramt aus ganz Österreich zum Ortstarif erreichbar ist. Von den übrigen Bundesdienststellen, wie sie in der Frage 2 angesprochen werden, sind nur zwei aus ganz Österreich zum Ortstarif erreichbar, nämlich die Zentrale telefonische Auskunftsstelle der Post selbst und die Volksanwaltschaft.

- 2 -

Alle sonstigen zentralen Serviceeinrichtungen bei Bundesdienststellen verfügen lediglich über Telefonanschlüsse, die zu den normalen Gebühren erreicht werden können, oder verwenden - wie z.B. das Familien- und das Innenministerium - den neuen Dienst der Post- und Telegraphenverwaltung "Service 660". Dieser Dienst ist so organisiert, daß der Anrufer immer nur den Ortstarif bezahlt. Die auflaufende Ferngebühr (in der Höhe der 1,5-fachen Gebühr für die zweite Fernzone) wird jeweils dem angerufenen Fernsprechteilnehmer zugerechnet.

Wien, am 16. Juli 1986

Der Bundesminister:

